VERWALTUNGSGERICHT MAGDEBURG

- 4. Kammer -

Aktenzeichen: B 4 K 193/97

BESCHLUSS

in der Verwaltungsrechtssache

des Herrn Dipl.-Ing. **W** **W**

Antragstellers,

g e g e n

den Öffentlich bestellen Vermessungsingenieur **S**

Antragsgegner,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Hennings und Lauenroth -
Goethestraße 16, 39108 Magdeburg -

w e g e n

Vermessungskosten
(hier: vorläufiger Rechtsschutz).

Das Verwaltungsgericht Magdeburg - 4. Kammer - hat am 21. Juli 1997 beschlos-
sen:

Der Antrag wird abgelehnt.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller.

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 2.634,00 DM festgesetzt.

Gründe:

I.

Der Antragsteller begehrt die Anordnung der aufschiebenden Wirkung seiner Klage gegen einen Leistungsbescheid des Antragsgegners, soweit dieser den Betrag von 10.000 DM übersteigt, mithin in Höhe von 5.268,17 DM.

Er ist zur ideellen Hälfte gemeinsam mit seiner Ehefrau aufgrund eines notariellen Vertrages mit seiner Schwester, Frau W. N., Miteigentümer eines Teilstückes des Grundstücks in C Flur 16, Flurstück 358/ 5, welches mit Wochenendhäusern bebaut ist. Die weiteren Teilflächen an diesem Flurstück stehen im Eigentum seiner vorgenannten Schwester und seines Bruders F. W.

Unter dem 10.04.1993, geändert durch den Antrag vom 18.09.1993, erteilte er dem Antragsgegner den Auftrag zur Zerlegungsvermessung des Flurstücks 358/ 5 auch im Namen der weiteren Eigentümer. Mit Schreiben vom 06.08.1993 bat er den Antragsgegner, die Kosten für die Zerlegungsvermessung (je Grundstück) sowie für die Gebäudeeinmessung gesondert in Rechnung zu stellen. Der Antragsgegner führte die Vermessungsarbeiten entsprechend der Teilungsgenehmigung des Landkreises W. in Abstimmung mit den Eigentümern im November/Dezember 1993 durch.

Am 25.07.1994 erließ er einen ersten Leistungsbescheid, den er jedoch durch den streitbefangenen Leistungsbescheid vom 27.02.1995 ersetzte. Die Höhe der auf den Antragsteller entfallenen Kosten setzte er auf 15.411,32 DM fest. Eine Aufteilung der Kosten entsprechend der für die Vermessung jedes einzelnen Flurstücks angefallenen Arbeiten nahm er nicht vor. Die im übrigen entstandenen Kosten der Vermessung rechnete der Antragsgegner direkt mit den Geschwistern des Antragstellers ab.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der Antragsteller an den Antragsgegner bereits 4.000,00 DM als Vorschuß und 6.000,00 DM als Abschlag auf den Leistungsbescheid entrichtet.

Gegen den Leistungsbescheid vom 27.02.1995 legte der Antragsteller fristgerecht Widerspruch ein. Zur Begründung und im Widerspruchsverfahren führte er u. a. aus: Der Leistungsbescheid sei nicht nachprüfbar, da er in den Teilgebühren A und B auf Ausgangswerten basiere, die mangels Vorlage der einzelnen Vermessungsergebnisse nicht kontrolliert werden könnten, und andererseits bei der Abrechnung nach Stunden lediglich die insgesamt erbrachten Leistungen ohne Bezugnahme auf Einzelleistungen ausweise. Er bestehe zudem auf einer gesonderten Kostenabrechnung für die Vermessung der auf den Grundstücken befindlichen baulichen Anlagen, da diese Kosten auf den jeweiligen Pächter umgelegt werden könnten.

Den Widerspruch wies das Regierungspräsidium Dessau mit Widerspruchsbescheid vom 04.04.1997 unter teilweiser Aufhebung des angefochtenen Leistungsbescheides des Antragsgegners als unbegründet zurück und setzte die Höhe der durch den Antragsteller zu zahlenden Kosten auf 15.268, 17 DM fest. Die teilweise Aufhebung des Leistungsbescheides betraf die Aufteilung der Gesamtkosten auf die einzelnen Auftraggeber (Eigentümer), die Höhe der Auslagen und den angenommenen Verkehrswert für das (neue) Flurstück 5/12.

Am 20.05.1997 hat der Antragsteller beim Gericht um Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes nachgesucht, nachdem er bereits am 04.04.1997 Klage gegen den Leistungsbescheid erhoben hatte (A 4 K 136/97). Zur Begründung verweist er auf sein bisheriges Vorbringen und macht zusammenfassend geltend, sowohl die Abrechnung nach Zeitstunden als auch die Auslagen seien mangels Vorlage von Nachweisen nicht nachprüfbar.

Der Antragsteller beantragt sinngemäß,

die aufschiebende Wirkung seiner Klage gegen den Leistungsbescheid des Antragsgegners vom 27.02.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides des Regierungspräsidiums Dessau vom 04.04.1997 insoweit anzuordnen, als er dadurch zur sofortigen Zahlung des noch ausstehenden Restbetrages in Höhe von 5.268,17 DM verpflichtet ist.

Der Antragsgegner beantragt,

den Antrag abzulehnen.

Zur Begründung führt er aus: Der Antrag sei nicht statthaft, da der Antragsteller mit seiner Klage lediglich Akteneinsicht begehre. Diese könne er ihm jedoch nicht mehr gewähren, da er alle Vermessungsunterlagen pflichtgemäß an das Katasteramt Haldensleben weitergereicht habe.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der beigezogenen Verwaltungsvorgänge des Antragsgegners und des Katasteramtes Haldensleben und des Regierungspräsidiums Dessau Bezug genommen. Diese Unterlagen waren Gegenstand der Entscheidungsfindung.

II.

Der Antrag ist zulässig.

Im Gegensatz zum Antragsgegner hält das Gericht den Antrag des Antragstellers auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung seiner Klage vom 04.04.1997 in dem von ihm gestellten Umfang für zulässig, da er statthaft ist und dem Antragsteller dafür ein Rechtsschutzbedürfnis zur Seite steht. Auch wenn die Klageschrift vom 01.04.1997 - auf den ersten Blick - nicht den Anschein vermitteln mag, daß es sich um eine Anfechtungsklage gem. § 42 Abs. 1 VwGO gegen den Leistungsbescheid des Antragsgegners handelt, hat dies der Antragsteller (Kläger) auf Nachfrage des Gerichts ausdrücklich bestätigt. Zwar führt er als Begründung seiner Klage keine substantiierten Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des Leistungsbescheides in das Verfahren ein. Dies ist jedoch in Anbetracht der von ihm geltend gemachten Begründung, daß nämlich die Rechtmäßigkeit aufgrund mangelnder Unterlagen gar nicht beurteilt werden könne, nur folgerichtig. Zur Wahrung der von ihm geltend gemachten Verfahrensrechte (vgl. § 44 a VwVfG LSA) hat er zulässigerweise Anfechtungsklage erhoben.

um den Leistungsbescheid nicht in Rechtskraft erwachsen zu lassen. Dem Antragsteller steht bezüglich der geltend gemachten Höhe des Geldbetrages, deren sofortige Zahlung er abzuwenden anstrebt, auch ein Rechtsschutzbedürfnis zur Seite, da er diesen Betrag, anders als den Vorschuß und die Vorabzahlung auf den ersten Leistungsbescheid in Höhe von insgesamt 10.000 DM, noch nicht geleistet hat. Inwieweit sich die Zahlung des letztgenannten Betrages auf die Zulässigkeit der Klage, die nach derzeitiger Auslegung und Würdigung der Anträge und des Vorbringens gegen den Leistungsbescheid in seiner vollen Höhe gerichtet sein dürfte, auswirkt, ist wegen der beschränkten Antragstellung hier nicht von Relevanz.

Der Antrag ist unbegründet.

Gemäß § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann das Gericht die aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs gegen einen kraft Gesetzes mit Sofortvollzug ausgestatteten Verwaltungsakt (§ 80 Abs. 2 Nr. 1 VwGO) ganz oder teilweise anordnen. Hierbei hat das Gericht bei seiner Abwägungsentscheidung der gesetzlichen Anordnung des Sofortvollzuges besonders Rechnung zu tragen. Die aufschiebende Wirkung ist darüber hinaus gem. § 80 Abs. 4 VwGO bei der Anforderung von öffentlichen Kosten und Abgaben nur anzuordnen, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angegriffenen Verwaltungsaktes bestehen oder wenn die Vollziehung für den Abgaben- oder Kostenschuldner eine unbillige, nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte zur Folge hätte. Ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsaktes bestehen dann, wenn ein Erfolg des Rechtsbehelfsführers im Hauptsacheverfahren deshalb wahrscheinlicher ist als sein Unterliegen (zur Darstellung des Streitstandes Kopp, VwGO, Kommentar, 10. Aufl., Rdn. 70 zu § 80), weil gewichtigere Gründe gegen als für dessen Rechtmäßigkeit bestehen. Stellt ein Antragsteller die Richtigkeit von Tatsachen, auf die sich der angefochtene Verwaltungsakt stützt, in Frage, hat er die von ihm in das Verfahren eingeführten Tatsachen glaubhaft zu machen. Gegenstand der summarischen Prüfung im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes kann es, insbesondere in den Fällen, in denen der Antragsteller selbst weder substantiiert vorträgt noch glaubhaft macht, warum er Zweifel an den dem Leistungsbescheid zugrundeliegenden Tatsachen hat, nicht sein, den in der Hauptsache angefochtenen Verwaltungsakt in jeder Hinsicht auf seine Recht-

mäßigkeit hin zu überprüfen. Dies muß dem Hauptsacheverfahren vorbehalten bleiben. Lediglich solche Unrichtigkeiten, die das Gericht auch ohne weitere Beweiserhebung zu erkennen vermag, sind überhaupt geeignet, ernstliche Zweifel an dessen Rechtmäßigkeit auszulösen. Da das Gericht unter Berücksichtigung dieser Grundsätze eine eigene Entscheidung über die Aussetzung der Vollziehung zu treffen hat (Kopp, a. a. O., Rdn. 78 zu § 80), kann allein der Umstand, daß ein um vorläufigen Rechtsschutz nachsuchender Bürger - aus welchen Gründen auch immer - bislang nicht in der Lage gewesen ist, die Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsaktes in tatsächlicher Hinsicht nachzuprüfen, nicht zum Erfolg des Antrages führen.

An der Rechtmäßigkeit des streitbefangenen Leistungsbescheides des Antragsgegners vom 27.02.1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides des Regierungspräsidiums Dessau vom 04.04.1997 hat das Gericht jedenfalls bei der im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes lediglich gebotenen summarischen Prüfung der Sach- und Rechtslage keine ernstlichen Zweifel.

Der streitbefangene Leistungsbescheid beruht auf §§ 1 Abs. 1, 3 Abs. 3 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt - VwKostG - vom 27.06.1991 (GVBl. LSA S. 154) i. V. m. 1 Abs. 1 der Kostenordnung für das amtliche Vermessungswesen des Landes Sachsen-Anhalt - KOVerm LSA - vom 14.01.1992 (GVBl. LSA S.6), geändert durch Verordnung vom 12.11.1992 (GVBl. LSA S. 781). Nach § 1 Abs. 1 KOVerm LSA sind für Amtshandlungen der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dieser Verordnung zu erheben. Kostenschuldner ist gem. § 5 Abs. 1 VwKostG derjenige, der zu der Amtshandlung Anlaß, insbesondere den Auftrag erteilt hat. Die Kosten für eine Zerlegungsvermessung bestimmen sich nach der Tarifstelle 10.1. i V. m. Tabelle 1 Buchst. A bis C der Anlage zur KOVerm LSA.

Der Antragsteller ist Schuldner für die im Zusammenhang mit seinem Auftrag auf Zerlegungsvermessung entstandenen Kosten. Denn er hat den Auftrag dazu für sich und seine Geschwister erteilt. Inwiefern der Antragsgegner berechtigt gewesen ist, die Gesamtleistung auf die Einzelpersonen aufzuteilen und von ihnen zu fordern

mag dahinstehen, da er sich darauf mangels eigener Rechtsverletzung nicht berufen kann (§ 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO).

Bei summarischer Prüfung hat das Gericht weder Bedenken hinsichtlich der vom Regierungspräsidium Dessau in seinem Widerspruchsbescheid bezüglich der der Teilgebühr A zugrundegelegten Fläche der gesamten neugebildeten Flurstücke, deren Verkehrswerte und deren Gesamtwert noch bezüglich der der Teilgebühr B zugrundeliegenden Teilgebühr für jedes einzelne neugebildete Flurstück. Auch erscheinen die Angaben des Antragsgegners zu dem für die Teilgebühr C maßgeblichen Zeitaufwand bei den örtlichen Arbeiten plausibel. Es mag für das vorläufige Rechtsschutzverfahren unentschieden bleiben, in welcher Form der Antragsgegner als Träger des öffentlichen Amtes eines Vermessungsingenieurs verpflichtet ist, - wie vom Antragsteller gefordert - detaillierte Nachweise des Zeitaufwandes der von ihm bei der Erledigung der örtlichen Arbeiten eingesetzten Fachkräfte zu führen. Jedenfalls erscheint der Ansatz von 215 Stunden unter Berücksichtigung des Umfanges der geleisteten Arbeiten der Kammer nicht so hoch, daß dieser als unplausibel anzusehen sei und erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Leistungsbescheides auslösen würde. Auch die in dem Leistungsbescheid berücksichtigten Auslagen (Wege- und Tagegeld, Kosten für Grenzsteine etc.) begegnen keinen erheblichen Zweifeln.

Zweifel - wenn auch nicht gewichtige - bestehen jedoch insoweit, als auch mit dem Widerspruchsbescheid die Kosten auf die Miteigentümer entsprechend eines Quotienten aufgeteilt wurden, der sich aus dem Anteil eines jedem Miteigentümer zuzurechnenden Gesamtwertes bzw. Gesamtgröße seiner Flurstücke im Verhältnis zum Gesamtwert (aller) bzw. zur Gesamtgröße (aller) neugebildeten Flurstücke ergibt (siehe auch Erlaß des Regierungspräsidiums Magdeburg vom 15.03.1994). Gleiches trifft für die Einbeziehung des Aufwandes für die örtlichen Arbeiten (Teilgebühr C) bei der Quotientenbildung zu, zumal insoweit völlig vom tatsächlichen Aufwand für die Grundstücke jedes einzelnen Miteigentümers - ohne Not - abstrahiert wird. Ob der auf dem vorgenannten Erlaß beruhende Leistungsbescheid insoweit unter Berücksichtigung des Äquivalenzprinzips, des Gleichheitsgrundsatzes und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit rechtmäßig ist, bleibt einer eingehenden Überprüfung im Hauptsacheverfahren vorbehalten.

Jedenfalls ist der angefochtene Leistungsbescheid auch nicht allein deshalb rechtswidrig, weil der Antragsgegner seine für jedes - zerlegte - Grundstück erbrachten Leistungen nicht gesondert berechnet hat. Darauf dürfte der Antragsteller bei summarischer Prüfung der Rechtslage unabhängig davon, ob er dadurch in geldwerter Hinsicht besser als durch einen (Gesamt-)Leistungsbescheid stehen würde, keinen Anspruch haben. Die Art der Kostenerhebung ist nach Auffassung der Kammer nicht abdingbar, da jedenfalls bezüglich der Kostenerhebung bei der Zerlegungsvermessung die oben aufgeführten gesetzlichen Vorschriften anzuwenden sind. Diese gehen gerade davon aus, daß nicht jedes einzelne Grundstück bei der Kostenberechnung zu berücksichtigen ist. An diese Kostenregelungen ist der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur gebunden (§ 10 ÖbVermInG).

Bezüglich der für die Gebäudevermessung in Ansatz gebrachten Kosten und der Art und Weise ihrer Verteilung auf die einzelnen Kostenpflichtigen, macht sich die Kammer die Ausführungen des Regierungspräsidiums Dessau in seinem Widerspruchsbescheid vom 04.04.1997 zu eigen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 1 VwGO.

Gemäß den §§ 13 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, 20 Abs. 3 GKG bemißt das Gericht das Interesse des Antragstellers am Ausgang des Verfahrens in Höhe des Wertes der von ihm geltend gemachten Aussetzung 5268,00 DM, der wegen der Vorläufigkeit der Regelung auf 2634,00 DM zu halbieren ist.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Die Streitwertfestsetzung kann durch Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt, Schönebecker Straße 67 a, 39104 Magdeburg, angefochten werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 100,00 DM (einhundert Deutsche Mark) übersteigt. Die Beschwerde ist spätestens innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, bei dem Verwaltungsgericht Magdeburg, Schönebecker Straße 67 a, 39104 Magdeburg, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen.

Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt eingeht.

Im übrigen kann gegen diesen Beschluß innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe dieses Beschlusses der Antrag auf Zulassung der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt gestellt werden. Der Antrag kann nur durch einen Rechtsanwalt oder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule gestellt werden; juristische Personen des öffentlichen Rechts und Behörden können sich auch durch Beamte oder Angestellte mit Befähigung zum Richteramt sowie Diplomjuristen im höheren Dienst vertreten lassen. Der Antrag ist bei dem Verwaltungsgericht Magdeburg, Schönebecker Straße 67 a, 39104 Magdeburg zu stellen. Der Antrag muß den angefochtenen Beschluß bezeichnen. In dem Antrag sind die Gründe, aus denen die Beschwerde zuzulassen ist, darzulegen.

Albrecht

Haack

Friedrichs